

Regierungsratsbeschluss

vom 20. November 2018

Nr. 2018/1808

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen Schreiben an das Bundesamt für Wohnungswesen BWO, Grenchen

1. Erwägungen

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF hat mit Schreiben vom 20. August 2018 die Kantone zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen eingeladen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes wird die Stellungnahme an das Bundesamt für Wohnungswesen BWO zur Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Wohnungswesen BWO vom 20. November 2018

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (GK 4689)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (2)
Energiefachstelle
Medien (jae)